Die Zivilgesellschaft stärken – durch Gemeinnützige Privatstiftungen?

Christian Reder, Wien, Dezember 2017

"Hätten wir die Ehrenamtlichen nicht gehabt, das System wäre kollabiert", heißt es konträr zur fremdenfeindlichen Wahlkampfrhetorik im Bericht über die Flüchtlingskoordinatoren der Bundesregierung Christian Konrad und Ferry Maier, die als eher liberale ÖVP-Stimmen einst durchaus Gewicht hatten. Sogar ihr Vorschlag, "gemeinsam mit den NGOs, der Industriellenvereinigung, der Wirtschaft eine Plattform zu bilden und die Integration voranzutreiben" hatte im - auch von vielen Politikern - medial aufgeheizten öffentlichen Klima "politisch keine Unterstützung gefunden" obwohl weiterhin ein "gesamtösterreichisches Konzept" fehle. Humanitäre Initiativen würden sogar systematisch boykottiert, so diese Analysen, da "besonders manche Beamte des Innen- und des Finanzministeriums ein tiefes Misstrauen gegenüber NGOs hegen" und diese verdächtigen "lediglich Geld verdienen" zu wollen.

Solange also Zivilisationsgrundlagen wie die Allgemeinen Menschenrechte - als elementarer und utopischer Anspruch der UNO und der Europäischen Union – für Nationalstaaten einschränkbare Verpflichtungen bleiben, braucht es eben die Zivilgesellschaft als Gegenkraft um auf deren Einhaltung zu drängen und sonst unberücksichtigte Forderungen zu erheben. Wegen ihrer Vielfalt nie eindeutig abgrenzbar sind damit "einerseits nichtstaatliche Organisationen" gemeint, "andererseits Werte wie Toleranz und Gewaltfreiheit" um sie von fragwürdigen Bestrebungen abzugrenzen - was auch Nichtregierungsorganisationen latent in Verruf bringt, sei es die Korruption Olympischer Komitees, der FIFA oder der Einfluss dubioser Lobbys und Think Tanks. Denn im Kern sei Zivilgesellschaft jener öffentliche Raum, "wo sich Bürger und Bürgerinnen in ihrer Rolle als Bürger treffen und solidarisch oder konfliktreich handeln", so Frank Adloff in seiner historischen Darstellung "Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis". Dort agieren sie dann "nicht als Familienmitglieder, Bürokraten oder Wirtschaftsbürger, sondern in der Rolle des Citoyen". Nur das könne als "Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft" ein aufgeklärt-liberales Klima festigen.² Es geht somit um ein aktives, längst nicht mehr primär als 'bürgerlich' charakterisierbares Selbstverständnis, denn es sei bedeutungsblind, so der Historiker Reinhart Koselleck pointiert, "wenn nicht der Ausdruck "Bürger" ohne neuerliche Verengung auf einen etablierten, einmal Bourgeoisie genannten Mittelstand in seinem Wandel bewusst bliebe: "vom (Stadt-)Bürger um 1700 über den (Staats-)Bürger um 1800 zum Bürger (= Nichtproletarier) um 1900".

Denn sobald nur alles rechts der ominösen Mitte als ,bürgerlich' gilt, wie gerade in Österreich oft plakativ unterstellt, wird ,linken Gutmenschen', unabhängigen Freigeistern, Linksliberalen, Sozialdemokraten oder Grünwählern, so als ob es - zur retrospektiven Selbstvergewisserung noch eine gefährliche Linke gebe, wie ausgebürgerten Fremden der Bürgerstatus abgesprochen, obwohl es generell um gedankliche Eigenständigkeit und Zivilcourage ginge. Mit dem Feindbild "Zivilgesellschaft" hat das nicht nur bei Putin, Trump, Orbán oder Erdoğan einiges zu tun, werden doch auch hierzulande für Toleranz und Gewaltfreiheit eintretende Gruppen latent als zu links diffamiert. ob Caritas, Diakonie, Amnesty International oder viele Sozialinitiativen. Da die inhaltlich kaum unterscheidbare künftige Koalitionsregierung nun über eine Mehrheit ,rechts der Mitte' inklusive der rechten Ränder verfügt und große Teile des FPÖ-Wahlprogramms umsetzen werde, wie stolz



kolportiert wird, gebe es endlich Veränderungen, welche auch immer. Aus enger 'neoliberaler' Sicht wird sich alles Mögliche als liberal und effizient darstellen lassen. Von 'Kultur' ist ohnedies nie die Rede. Auch die 'Nazi-Keule' sei längst obsolet, trotz dumpfer Burschenschafter im Parlament und der Nähe zum Rechtsextremismus des Front National und der Alternative für Deutschland, obwohl es in der abstrus unkritischen Parteigeschichte der FPÖ von Lothar Höbelt noch 1999 zu deren NS-Wiederbetätigungs-Geisteswelten völlig unkommentiert heißt: "Korrumpiert war das NS-Regime zuallererst durch die Niederlage, die es heraufbeschworen hatte."

Selbst Kommentare kritischer Geister bleiben latent ohne jede Resonanz, etwa wenn der große Pianist Alfred Brendel von London aus weiterhin "die große Gefahr FPÖ" für "äußerst beängstigend" hält und "den Ruck nach rechts außen, der in einigen Ländern gerade vor sich geht". Er könne nur hoffen "dass der Trend solche Parteien zu wählen, sich nicht zerstörend auf uns alle auswirkt".5 Aus der Zivilgesellschaft kommende Kritik wird jedoch gerade in Österreich bestenfalls punktuell breiter unterstützt. Durch die Bundespräsidentenwahl blieb dem Land zwar ein Selbstverständnis-Desaster erspart, dann aber flogen die Grünen wegen 10.000 fehlender Stimmen aus dem Parlament, die als integre Menschenrechts- und Umweltpartei unverzichtbar sind, aber wegen ihrer zu glatt professionalisierten Abschottung für parteiübergreifende zivilgesellschaftliche Projekte sichtlich immer weniger Rückhalt boten.

Auch in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, wird kaum plausibel thematisiert, dass immer krassere Unterschiede von Reich und Arm jede halbwegs ausgewogene Entwicklung gefährden. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es dazu: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" (Artikel 14.2). Hierzulande wird eine solche Einschränkung seit jeher für überflüssig gehalten, präzisiert doch Artikel 5 des in die Verfassung übernommenen Staatsgrundgesetzes von 1867: "Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung gegen den Willen des Eigenthümers kann nur in den Fällen und in der Art eintreten, welche das Gesetz bestimmt." Dass gerade Eigentum und Wohlstand zu Hilfsbereitschaft verpflichten sollten macht das karitative Spendenaufkommen messbar, viel prägender sind aber gesellschaftliche Leitlinien die lukrativen persönlichen Erfolg, die "Ich-AG", "Geiz ist geil", "The winner takes it all' und Sparprogramme bei Sozialausgaben propagieren. Denn Millionenhonorare für Fußballer und sonstige Stars werden durchaus bewundernd kommentiert. Nur die astronomischen Einkommen von Finanzleuten und mancher Manager gerieten wegen eklatanter Skandale in Misskredit. Was Gemeinwohl und Gemeinbesitz bedeuten könnten, verliert sich im Diffusen wenn Trinkwasser, ganze Landstriche Afrikas, Saatgut, Patente oder Copyrights zunehmend privatisiert werden.

Dem Oxfam-Bericht "An Economy for the 99%" zufolge besitzen "die acht reichsten Personen" nach neuesten Schätzungen "zusammen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung".6 Analytisch begreifbarer wird das aber erst wenn Unternehmenskapital, Privatvermögen, Renditen, Aktien, Fonds, Immobilien und tatsächliche Arbeitseinkommen aufgeschlüsselt werden. Profite aus Drogen-, Waffen-, Frauenhandels- oder Mafiageschäften bleiben ohnehin völlig im Dunkeln. In Österreich gibt es derzeit etwa 148.000 Millionäre und 36 Milliardäre; das reichste Prozent der Bevölkerung soll nach manchen Schätzungen 40,5 Prozent des gesamten Nettovermögens besitzen, nach anderen Schätzungen 25 Prozent. Sogar Nationalbank-Experten konstatieren, dass wegen geringer Auskunftsfreudigkeit "die reichsten Haushalte nicht erfasst sind". Vieles müsse geschätzt und hochgerechnet werden. "Eine Erbschaftssteuer ab einer Million" würde vermutlich "etwa fünf Prozent der Haushalte treffen".

Außergewöhnliches ermöglichen? Gemeinnützige Stiftungen als Kontrapunkte zu stereotypem "Klasseninteresse" – als Partner oder sogar Teil der Zivilgesellschaft?

Die legendären von George Soros 1993 gegründeten, mit enormen Mitteln ausgestatteten, von autoritären Staaten latent bekämpften Open Society Foundations "work to build vibrant and tolerant democracies", so ihre Mission, "whose governments are accountable and open to the participation of all people".8 Die von Wien aus operierende ERSTE Stiftung wiederum versteht sich ausdrücklich als "a pioneering civil-society initiative" mit dem Grundsatz: "We believe in a united Europe, in a social, cultural and economic area without borders, with all its diverse natural beauty, individualism and identities."9 Für exponierte Forschungsthemen hat Jan Philipp Reemtsma das Hamburger Institut für Sozialforschung und die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur gegründet. 10 Auch das berühmte Frankfurter Institut für Sozialforschung, die einflussreiche erste Forschungsstätte für den wissenschaftlichen Marxismus, war von Beginn an von Hermann Weil und seinem Sohn Felix Weil aus ihrem argentinischen Getreidehandelsvermögen finanziert worden. 11 Mit Ersparnissen einer kleinen Aktivistengruppe wurde die Bürgerstiftung Hamburg zu einer der großen auf Integration und Stadtteilarbeit konzentrierten Stiftungen Deutschlands. 12 Die als Wiener Initiative von der Schweiz aus agierende Kahane Foundation nennt als ihr Ziel: "Helping people to create a dignified and peaceful living environment for themselves and their neighbours."13 Der Bauunternehmer Hans Peter Haselsteiner fördert massiv markante Kulturprojekte (Künstlerhaus Wien, Festspielhaus Erl) bis hin zur Flüchtlingshilfe Ute Bocks sowie das Liberale Forum und die NEOS.¹⁴ Die Invicta-Privatstiftung von Peter Bertalanffy gab dem IST-Austria eine Millionenspende für die Grundlagenforschung. 15 Die Köck-Privatstiftung fördert Projekte zur Schulreform und zu kindgemäßer Pädagogik. 16 Eine solche Bandbreite demonstriert wie auch hierzulande vermehrt anreichernd gewirkt werden könnte, was bei schematischen Vermögens- und Erbschaftssteuern, so sinnvoll sie ein können, durchaus einzubeziehen wäre.

Denn zu großzügigen, eine solidarische Zivilgesellschaft bestärkenden Projektfinanzierungen kommt es in Österreich erst sehr allmählich, weil es seit der Neuregelung des Stiftungswesens Mitte der 1990er-Jahre praktisch nur um die bisher etwa 3.400 Finanzstiftungen geht. Um Vermögen in geordneter und finanzrechtlich kontrollierbarer Weise zu verwalten sind sie eine durchaus plausible Rechtsform. Nur wirkt drastisch rufschädigend wie oft Stiftungen in Korruptionsaffären auftauchen als von Aufsichtsbehörden kaum überprüfte Möglichkeit, Gelder nach Zypern oder in die Karibik zu verschieben und Nutznießer zu verschleiern.

Tatsächlich gemeinnützige Privatstiftungen blieben demgegenüber ein nur unbefriedigend normierter Nebenaspekt, weil das als philantropischer Non-Profit-Sektor sichtlich nicht zur staatlichen Programmatik passt. Werbewirksames Sponsoring wurde immer wieder neu geregelt, für uneigennützige "soziale und kulturelle Investitionen" – um die es eigentlich ginge - sind die finanzrechtlichen Bestimmungen weiterhin sehr restriktiv, so als ob gerade dabei besonderes Misstrauen angebracht wäre. Österreichs Verband für gemeinnütziges Stiften hat daher erst hundert Mitglieder während es europaweit über 100.000 gemeinnützige Stiftungen gibt. Mit dem neuen Wirtschaftsbund-Chef Harald Mahrer als Präsident soll dazu beigetragen werden "Österreich zum Blühen" zu bringen. 17 Bisher konnten aber nur gewisse Vereinfachungen durchgesetzt werden, da es viele politische Widerstände gegen unabhängige Aktivitäten gibt.

Denn der Staat bestimmt durch finanzrechtliche Regelungen weiterhin welche Organisation als förderungswürdig gilt, da eine gemeinnützige Stiftung formlos nur Initiativen finanziell unterstützen kann, die auf der "Liste begünstigter Spendenempfänger" des Bundesministeriums für Finanzen genannt sind. Obwohl es bei Stiftungen nicht um Spendenabsetzbarkeit geht gelten analoge Regeln. Auf dieser offiziellen Liste stehen anerkannte große NGOs, einige Dutzend kleinere Initiativen und kirchliche Instanzen als schmaler Ausschnitt der Zivilgesellschaft, inkl. sehr Speziellem wie "Essen und Leben", "Baumchirurgie" oder "Schutz der Honigbiene'. Die große Mehrheit der privilegierten Organisationen sind wiederum staatliche Institutionen. also Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Krankenhäuser, Festivals, das Burgtheater oder das Bundesdenkmalamt bis hin zu 70 Freiwilligen Feuerwehren. Um dazuzugehören ist mit einer dreijährigen Wartezeit zu rechnen.

Gemeinnützige Privatstiftungen mit von dieser Liste abweichenden Vorstellungen von Zivilgesellschaft müssen daher jeweils eigene "Erfüllungsgehilfenverträge" abschließen um eine von Steuerberatern präzis formulierte Gemeinnützigkeit zu belegen. Es bleibt Auslegungssache der Finanzbehörde ob sie das anerkennt, ansonsten verliert die Stiftung die Gemeinnützigkeit und beträchtliche Steuernachzahlungen werden fällig: jede Abweichung ein Risiko. Kulturell besonders signifikant ist, dass selbst die Autoren- und Buchförderung – international längst ein exemplarisches Feld notwendiger Zuschüsse – nur mit diesen absurden Beauftragungsverträgen als gemeinnützig gilt. Für weit mehr als die Hälfte der über hundert von unserer 2011 gegründeten Stiftung geförderten Projekte war das notwendig, weil sie nicht von 'begünstigten Spendenempfängern' durchgeführt wurden - es also um andere Sozialinitiativen, um Frauenprojekte, Migranten, Künstler, Bücher, Forschungen oder Dokumentarfilme ging.

Erst wenn das liberalisiert wird und gemeinnützige Stiftungen deklarieren was sie tun, kann eine transparente, soziale und kulturelle Defizite ausgleichende Stiftungskultur entstehen – was keineswegs in Privatisierungskonjunkturen ausarten sollte. "Gerade für große Vermögen wären solide gesetzliche Rahmenbedingungen sinnvoll", so ein Überzeugungs-Statement von mir, "damit sie zumindest teilweise in tatsächlich gemeinnützige Stiftungen eingebracht werden können", als Aktionsfeld "parallel zum auf politischer Ebene notwendigen Einsatz für mehr Gerechtigkeit und den Ausbau liberaler Demokratien". Dazu braucht es aufmerksames Interesse an nicht-kommerziellen Vorhaben der Zivilgesellschaft und die Bereitschaft, im Stillen zu wirken – als beidseitig 'selbstverständliche' Normalisierung von Geben und Nehmen...

- 1 Ferry Maier, Julia Ortner: Willkommen in Österreich. Was wir für Flüchtlinge leisten können und wo Österreich versagt hat, Innsbruck 2017, S. 17, 46, 47, 113
- 2 Frank Adloff: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt–New York 2005, S. 137, 155
- 3 Reinhart Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/Main 2000, S. 116
- 4 Lothar Höbelt: Von der vierten Partei zur vierten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999, S. 68
- 5 Alfred Brendel im Gespräch mit Tessa Szyszkowitz, profil, Wien, Nr. 43, 23. Oktober 2017
- 6 https://www.oxfam.org/en/research/economy-99
- 7 Der Standard, Wien, 29. September 2017
- 8 https://www.opensocietyfoundations.org/
- 9 http://www.erstestiftung.org/inside-the-foundation/mission-and-vision/
- 10 http://www.his-online.de/9004/
- 11 Jeanette Erazo Heufelder: Der argentinische Krösus. Kleine Wirtschaftsgeschichte der Frankfurter Schule, Berlin 2017, S. 164
- 12 http://www.buergerstiftung-hamburg.de/home/
- 13 http://www.kahanefoundation.org/
- 14 https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Peter_Haselsteiner
- 15 Der Standard, Wien, 30. M.rz 2010
- 16 http://www.koeck-stiftung.at/stiftung.asp
- 17 http://www.gemeinnützig-stiften.at/

Christian Reder, geb. 1944 in Budapest, ist Projektberater, Essayist, emer. Professor für Kunst- und Wissenstransfer an der Universität für angewandte Kunst Wien. Die 20 Bände seiner "Edition Transfer" erschienen bei Springer Wien–New York, das jüngste Buch "Deformierte Bürgerlichkeit" bei Mandelbaum 2016. Die mit seiner Frau Ingrid Reder geleitete RD Foundation Vienna, Research, Development, Human Rights will primär "die Zivilgesellschaft stärken".